

20.22

Abgeordneter Leopold Steinbichler (STRONACH): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und ganz besonders vor den Fernsehgeräten, die jetzt nach getaner Arbeit, nach geleisteter Steuerpflicht besonders interessiert bei dieser Diskussion zuhören werden! Ich bin eigentlich sehr froh und sehr glücklich, dass mir Kollege Wöginger eine solch schöne Schiene gelegt hat, denn ich möchte überhaupt niemanden hier in diesem Haus der Scheinheiligkeit bezichtigen und möchte vielleicht gleich beim Kollegen Fuchs anschließen, da mir seine Ausführungen betreffend Transparenz sehr gefallen haben.

Ich habe deshalb wieder dieses Bild (*eine Bildtafel auf das Rednerpult stellend, auf der zwei Kühe mit der Aufschrift „IKEA“ und „Google“ von einem Pferd mit der Aufschrift „Konzernsteuer“ mit einem Lasso gejagt werden*) mitgenommen, von Dr. Tassilo Wallentin: Die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen.

Ich möchte jetzt Luxemburg zitieren, was dort die Konzerne für Sonderkonditionen haben (*Zwischenruf des Abg. Lopatka*) – Herr Kollege Lopatka, ganz gut aufpassen, wenn du die nächsten Verhandlungen führst, da kannst du dir Gelder holen –: 0,17 Prozent Steuer für Konzerne und 17 Prozent Steuerpflicht für die dort heimischen, luxemburgischen Betriebe. – Ich wollte bewusst kein österreichisches Beispiel bringen.

Ich denke, ganz richtig ist der Ansatz von Kollegen Fuchs: Transparenz, die Umsatzgrenze ist viel zu hoch, wir müssen viel tiefer ansetzen. Und das ganz Wesentliche, was gesagt wurde, ist, dass die Gewinne am Standort investiert werden müssen und nicht ins Ausland abgezogen werden dürfen. Ich habe letzthin schon einen großen Linzer Konzern genannt, ich könnte noch einige nennen, wo dann bei Budgetschluss der Geldgeber sagt: Jetzt gebt mir den Gewinn!

Das ist, glaube ich, das ganz Wesentliche. Wir haben hier als Parlament morgen wieder eine Möglichkeit zu einer TTIP- und CETA-Besprechung, da werden wir sehen, wie ehrlich es die Regierungsparteien meinen. Kollege Lopatka und Kollege Rädler, da bin ich neugierig auf die unterstützenden Zwischenrufe, wenn wir dann einfordern, die österreichischen Interessen zu vertreten.

Ich darf abschließend zu diesem Thema Transparenz sagen: Selbstverständlich, da wir dafür sind, die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, und Regionalisierung dient den Menschen und Globalisierung den Konzernen, gehört dort, wie Kollege Fuchs richtig gesagt hat, der Riegel vorgeschoben.

Ich habe hier ein weiteres Bild (*eine Bildtafel auf das Rednerpult stellend, auf der auf einer Geschäftstheke zwei große, mit Papier gefüllte Gläser dominieren*), das, glaube ich, sehr aussagekräftig zur angesprochenen Registrierkasse ist. Das ist die Praxis, das ist eine Kleinunternehmerin, eine Klein-Kaffeehausbesitzerin, und da sie eine ganz arge Geschäftsfrau ist, die auch noch Süßigkeiten und Brot mitverkauft, braucht sie zwei Kassen. Sie hat gesagt, sie hat es satt, denn die Leute wollen diese Belege nicht, deshalb hat sie auf der Theke zwei Behälter aufgestellt, in der sie gleich die Belege sammelt, denn sonst müsste sie jeden Tag eine Stunde nach Geschäftsschluss noch die Belege vom Gehsteig aufsammeln. – Damit wir wissen, wie praxisnah wir hier Politik machen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das sind so kleine Beispiele aus der Praxis. Ich habe damals gesagt, ich möchte in dieses Haus einziehen, damit wir über das Leben reden. **Das** ist das Leben!

Ich möchte gleich weitermachen (*eine Bildtafel aufstellend, auf der eine Frau vor einer Almhütte und der Aufschrift „Lechneralm geschlossen“ dargestellt ist*) und mich an dieser Stelle ganz besonders bei den mutigen Almbäuerinnen und Almbauern bedanken und bei dir, Herr Minister, dass du dir ihre Sorgen angehört und gesagt hast: Okay, wir müssen diese 15 000 € Umsatzgrenze auf 30 000 € erhöhen! – Sie bedanken sich hier auf diesem Weg. Frau Lichtenegger, die abgebildet ist, war eine der Betroffenen.

Und jetzt kommt das ganz Wesentliche: Kollege Wöginger hat die Vereine in den Himmel gehoben, und ich hoffe, dass er es auch so ehrlich meint. Ich meine es nämlich ehrlich. Das (*eine Bildtafel mit Menschen, die in einem Zelt an improvisierten Kochstellen arbeiten, auf das Rednerpult stellend*) ist der Blick in die Feuerwehrrküche vom vergangenen Sonntag. Das sind nur 30 freiwillige Helfer, die im Küchenbereich vorbereiten, abwaschen, kochen, dann gibt es weitere 30, die drinnen gratis servieren, dann gibt es noch einmal 30, die drei Tage vorher das Feuerwehrhaus umbauen, den Zeltanbau aufbauen, die Bierbänke aufstellen, die Kühlanlagen herrichten, und dann gibt es noch einmal 30 Personen, die drei Tage später wegräumen. Und das Ganze dafür, dass sie ein paar Euro verdienen. Und was machen sie mit dem Geld? – Das ersparen wir den Gemeinden, das ersparen wir den Ländern, das ersparen wir letztlich dem Bund (*Die Abgeordneten Lopatka und Amon: Ja!*), denn sonst müssten die Gemeinden diese Gerätschaften kaufen, die die Feuerwehren damit finanzieren.

Genau dasselbe bei den Musikkapellen, bei den Sportvereinen. Da kann ich jetzt das Sportfest in Aurach vom vergangenen Wochenende nennen, da arbeiteten Hunderte fleißige Vereinsmitglieder, Familienmitglieder. Und, lieber Kollege Wöginger, wenn hier nicht die Opposition diese ehrenwerten Vereine unterstützt hätte, wäre die Regierung

drübergefahren! Das ist ja wunderbar, wenn du das so unterstützt. *(Beifall beim Team Stronach.)*

Kolleginnen und Kollegen, das sind die Fakten. Man kann das gar nicht hoch genug bewerten, was hier an Arbeit geleistet wird für unsere Jugend, für unsere Zukunft, die in guter Umgebung, in guter Gemeinschaft kameradschaftlich aufwächst, auf das Leben vorbereitet wird und weitere wichtige Erfahrungen für das gesamte Leben sammelt.

Ich glaube, das ist entscheidend: Durch diese Verzögerung der Regierung sind den Vereinen beziehungsweise Kleingewerbetreibenden Kosten entstanden. Da hat es welche gegeben, die haben gesagt: Okay, daran ist nicht zu rütteln, ich investiere in solch eine Registrierkasse! Und die haben jetzt Stornogebühren. Deshalb darf ich zwei Entschließungsanträge einbringen:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ing. Dietrich, Steinbichler, Kolleginnen und Kollegen betreffend
„Registrierkassen-Stornogebühr“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Übernahme aller anfallenden Stornokosten für Betroffene (Wirte, Almhüttenbetreiber, Direktvermarkter, Vereine usw.) vorsieht, die durch die Änderung der Gesetzeslage bezüglich der Registrierkassenpflicht entstanden sind.“

Da haben wir Belege, da können wir jederzeit Betroffene in dieses Haus einladen. Und, Kollege Wöginger, sagen Sie später dann nicht wieder, ihr habt das geregelt.

Der zweite Entschließungsantrag, den ich habe, ist schon wesentlich – Kollege Wöginger *(der gerade den Plenarsaal verlässt)*, bitte hier bleiben, oder Kollege Rädler. Ich bin wirklich dafür, dass man Parteivorfeldorganisationen und Jugendorganisationen, solange die Mutterpartei Parteiförderung bekommt, von dieser Regelung ausnimmt. Da haben die Wirte recht, und ich darf die Wirte unterstützen mit der alten Festwirte-Regelung, die funktioniert hat, da sich der Wirt mit dem Verein verbündet und umgekehrt der Verein mit dem Wirt verbündet hat und damit diese Streitereien, die jetzt von der Wirtschaftskammer lanciert worden sind, gar nicht stattgefunden haben.

Deshalb wäre es gescheit, die Parteiorganisationen nicht mit den Ehrenamtlichen gleichzustellen, und das betrifft der nächste Antrag:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ing. Dietrich, Steinbichler, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Abschaffung der Privilegien für politische Parteien und Vorfeldorganisationen“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der Privilegien von politischen Parteien und Vorfeldorganisationen mit sofortiger Wirkung abschafft, da sie keinesfalls mit gemeinnützigen Organisationen gleichgestellt werden dürfen.“

Ich bin überzeugt, wir kriegen volle Unterstützung. – Danke. *(Beifall beim Team Stronach.)*

20.29

Präsident Ing. Norbert Hofer: Beide Entschließungsanträge sind ausreichend unterstützt, ordnungsgemäß eingebracht und stehen mit in Verhandlung.

Die Anträge haben folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Ing. Dietrich, Steinbichler, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Registrierkassen Stornogebühr“

Eingebracht zu TOP 12: Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (1190 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Verrechnungspreisdokumentationsgesetz erlassen, das Einkommensteuergesetz 1988, das Finanzstrafgesetz, das Kontenregister- und Konteneinschaugesetz, das Kapitalabfluss-Meldegesetz, das Gemeinsamer Meldestandard-Gesetz, das EU-Amtshilfegesetz, das Zollrechts-Durchführungsgesetz, das Bewertungsgesetz 1955, das Körperschaftsteuergesetz 1988 und die Bundesabgabenordnung geändert und das EU-Quellensteuergesetz aufgehoben werden (EU-Abgabenänderungsgesetz 2016 – EU-AbgÄG 2016) (1243 d.B.)

Immer mehr Auflagen und bürokratische Hürden zwingen Wirte und Almhütten-Betreiber dazu, ihre Lokale zuzusperren.

Am 25. Juni 2016 veröffentlichte die Tiroler Tageszeitung einen dazu passenden Beitrag von einer Almhütten-Betreiberin im Ötztal. Für eine Almhütte die nur drei Monate im Jahr geöffnet hat, ist es nicht immer einfach, die neuesten Auflagen der Politik zu erfüllen. Zuletzt wurde die Registrierkassenpflicht beschlossen, weswegen sich die Wirtin eine Registrierkasse bestellte. Wegen der Entschärfung des Registrierkassen-Gesetzes braucht die Wirtin nun doch keine neue Registrierkasse, also bestellte sie diese ab. Diese Wirtin hat sich nur an das Gesetz gehalten und alle Auflagen erfüllt, dafür wird ihr eine Stornogebühr von 600 Euro verrechnet!

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Übernahme aller anfallenden Stornokosten für Betroffene (Wirte, Almhüttenbetreiber, Direktvermarkter, Vereine, usw.) vorsieht, die durch die Änderung der Gesetzeslage bezüglich der Registrierkassenpflicht entstanden sind.“

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Ing. Dietrich, Steinbichler, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Abschaffung der Privilegien für politische Parteien und Vorfeldorganisationen“

Eingebracht zu TOP 12: Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (1190 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Verrechnungspreisdokumentationsgesetz erlassen, das Einkommensteuergesetz 1988, das Finanzstrafgesetz, das Kontenregister- und Konteneinschaugesetz, das Kapitalabfluss-Meldegesetz, das Gemeinsamer Meldestandard-Gesetz, das EU-Amtshilfegesetz, das Zollrechts-Durchführungsgesetz, das Bewertungsgesetz 1955, das Körperschaftsteuergesetz 1988 und die Bundesabgabenordnung geändert und das EU-Quellensteuergesetz aufgehoben werden (EU-Abgabenänderungsgesetz 2016 – EU-AbgÄG 2016) (1243 d.B.)

Immer mehr Auflagen und bürokratische Hürden zwingen UnternehmerInnen dazu, ihre Geschäfte zu schließen. Mehrfach wurde medial die Entschärfung des

Registrierkassen-Gesetzes beworben, allerdings sind noch immer nicht alle zufrieden mit der Situation.

Politische Parteien und ihre Vorfeldorganisationen (hierzulande rund 100.000) können zu Festen einladen und bleiben steuerfrei, sofern sie damit nicht mehr als 15.000 Euro Umsatz im Jahr einspielen und den Gewinn daraus nur politischen oder gemeinnützigen Zwecken zukommen lassen.

Verfassungsrechtler Heinz Mayer hält diese Privilegien für verfassungswidrig. Laut ihm geht es hierbei um verdeckte Parteienfinanzierung, welche auch mit dem EU-Recht nicht vereinbar sei, sowie um wachsenden Wettbewerb für Wirte.

Mario Pulker, Obmann des Verbands Gastronomie in der Wirtschaftskammer, rechnete vor: 95 Millionen Euro würden der Gastronomie jährlich entgehen, nutzen drei Parteien in 2100 Gemeinden den steuerlichen Freiraum!

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der Privilegien von politischen Parteien und Vorfeldorganisationen mit sofortiger Wirkung abschafft, da sie keinesfalls mit gemeinnützigen Organisationen gleichgestellt sein dürfen.“

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kirchgatterer. – Bitte, Herr Abgeordneter.